

Klaus Kraemer

Enttäuschte Hoffnungen

Wolfgang Streecks *Gekaufte Zeit* und die Probleme einer soziologischen Kapitalismusanalyse

Wolfgang Streeck hat mit *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* eine viel beachtete Studie vorgelegt. Der an die Arbeiten von Colin Crouch (2004, 2009) und Greta Krippner (2011) anschließende Versuch, die neuere sozialwissenschaftliche Debatte zur »Finanzialisierung« von Ökonomie und Gesellschaft vor dem Hintergrund der Abfolge von Krisen und Krisenbewältigungsstrategien des »demokratischen Kapitalismus« in einen historisch übergreifenden Prozess gesellschaftlicher Transformationen einzuordnen, ist in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert. Die Finanz-, Wirtschafts- und Fiskalkrise der Jahre nach 2008 deutet Streeck als »vorläufigen Endpunkt« eines langen neoliberalen Wandels des Nachkriegskapitalismus in Nordamerika und Westeuropa. Die inflationäre Geldpolitik der 1970er Jahre, die Staatsverschuldung der 1980er Jahre und die Privatverschuldung der 1990er Jahre werden als Notbehelfe der demokratischen Politik interpretiert, um »den Anschein« von wirtschaftlichem Wachstum für alle zu erzeugen und sogar »Umverteilung von Markt- und Lebenschancen von oben nach unten« zu ermöglichen (alle Zitate 225). Jede dieser drei Strategien sei darauf angelegt gewesen, soziale Verteilungskonflikte zu pazifizieren und politische Legitimation in Zeiten zu erhalten, in denen die alten Versprechungen des Kapitalismus der Nachkriegszeit, Wohlstand für alle zu schaffen, unerfüllbar geworden seien. Bei allen drei aufeinanderfolgenden Strategien habe es sich um »Methoden zur monetären Erzeugung von Wachstums- und Wohlstandsillusionen« (74) gehandelt, die allenfalls für eine begrenzte Zeit ihre Wirkung entfalten konnten. Nach wenigen Jahren seien alle drei Strategien, so Streecks Diktum, erschöpft gewesen und in sich zusammengebrochen. Unter dem Strich sei kaum mehr als Zeit gekauft worden, »mit Hilfe«, wie Streeck hinzufügt, »der Magie des modernen Geldes« (225). Mit dem Übergang vom Steuer- zum Schuldenstaat sei nun eine »neue Stufe« (124) im Verhältnis zwischen Kapitalismus und Demokratie eingeläutet worden. Der Schuldenstaat gerate in immer größere Abhängigkeit von seinen Gläubigern, was in herkömmlichen Demokratietheorien gar nicht bedacht worden sei. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Fiskalkrise gewähre der neoliberale »Konsolidierungsstaat« sogar den Gläubigerinteressen eine prinzipielle Vorrangstellung gegenüber den Interessen der Wahlbürger. Mehr und mehr würde die nationalstaatlich verfasste Demokratie in Europa in ein »nichtdemokratisches supranationales Regime« (161) der Europäischen Union eingebunden, das den sozialen Interessenausgleich durch schuldrechtliche Verpflichtungen zwischen Staaten bzw. Staaten und Gläubigern blockiere. Unter diesen Bedingungen würde die »ausgekoppelte Überschussbevölkerung« das politische Gesche-

hen nur noch »als Unterhaltung der Mittelschicht« ansehen, »von der sie nichts zu erwarten hat« (165).

»Die Märkte« und die Sozialwissenschaften

Die Stärken der vorliegenden Analyse liegen darin, hinter die semantischen Kulissen der »Märkte« zu blicken. Streeck erweitert die sozialwissenschaftliche Forschung zum *shareholder value* um die Analyse des *bondholder value* und richtet damit die ganze Aufmerksamkeit auf den manifesten Verteilungskonflikt zwischen den Renditeinteressen von Gläubigern staatlicher Schuldverschreibungen (»Marktvolk«) und den Interessen der nationalen Wahlbürger am Erhalt sozialer Teilhaberechte (»Staatsvolk«) (121). Wie kaum einem anderen Sozialwissenschaftler gelingt es Streeck, eine höchst aktuelle Konstellation unter dem sozialwissenschaftlichen Brennglas zu begutachten, die in der Analyse von Gegenwartsgesellschaften sträflich vernachlässigt, wenn nicht sogar ignoriert worden ist; und zwar unabhängig davon, ob es sich um das populäre Genre der soziologischen Zeitdiagnose, um die politische Soziologie, die neuere Wirtschaftssoziologie oder die politikwissenschaftliche Erforschung des Wandels von Wohlfahrtsstaaten handelt. Streeck hält den Sozialwissenschaften den Spiegel vor und listet auf, was alles droht, übersehen zu werden, wenn man dem Mainstream der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung folgt. Zudem wendet er sich gegen populäre öffentliche Interpretationen, die in dem erratischen Geschehen der Finanzmärkte nichts als »Marktpsychologie« ausmachen. Wer in dem eruptiven Auf und Ab der Finanzmärkte nur »Marktpsychologie« erkenne oder darin nur ein von »Emotionen« getriebenes Herdenverhalten zu entdecken glaube, verschließe die Augen vor den Machtverschiebungen zwischen Finanzinvestoren, Wahlbürgern und den politischen Eliten in den Staatsapparaten. Streeck warnt in gewisser ironischer Zuspitzung davor, dass man vor lauter Sorge um die »Marktpsychologie« die »»Psychologie« der Bürger« (223) nicht aus den Augen verlieren dürfe. Erfrischend ist auch der unbedingte Wille, sich in das Getümmel der jüngsten Gegenwart zu begeben und diese mit einer ambitionierten, übergreifenden Gesellschaftsdeutung zugänglich zu machen; auch um den Preis, dass aus der zeitlichen Nähe und persönlichen Betroffenheit nicht alles sichtbar wird, was sichtbar gemacht werden könnte, wenn man turbulente Zeiträume mit einem gewissen historischen Abstand betrachtet. Streeck schreckt davor nicht zurück – und macht nicht das, was man etwa als Fachsoziologin und Fachsoziologe machen könnte, um den unvermeidbaren Schwierigkeiten einer sozialwissenschaftlich informierten Intervention in die öffentliche Debatte zur gegenwärtigen Fiskalkrise aus dem Weg zu gehen. Ohne den Zustand der Sozialwissenschaften in Deutschland direkt anzusprechen, scheint doch Streeck davon überzeugt zu sein, dass eine theoretisch-konzeptionelle Neuausrichtung von Soziologie und Politikwissenschaft unumgänglich ist, um die Krisenphänomene des modernen Kapitalismus einer kritischen Tiefenanalyse zugänglich zu machen. Ganz in diesem Sinne formuliert Streeck:

»Niemand kann nach dem, was seit 2008 geschehen ist, Politik und politische Institutionen verstehen, ohne sie in enge Beziehung zu Märkten und wirtschaftlichen Inter-

essen sowie den aus ihnen erwachsenen Klassenstrukturen und Konflikten zu setzen. Ob und inwieweit das ›marxistisch‹ ist oder ›neomarxistisch‹, ist eine Frage, die mir ganz und gar uninteressant erscheint.« (17)

Streecks Verbindung von Kapitalismusanalyse und Demokratietheorie ist erfrischend und die mitlaufende Kritik an den Illusionen populärer soziologischer Zeitdiagnosen zur »Wissens-« oder »Dienstleistungsgesellschaft« unumgänglich. Schon Krippner (2011) hat den sprichwörtlichen Finger in diese Wunde gelegt und die Frage aufgeworfen, warum in Daniel Bells »Dienstleistungsgesellschaft« der Aufstieg der Finanzdienstleistungsindustrie schlicht übersehen worden ist. Verdienstvoll ist zudem Streecks erklärte Absicht, Kapitalismus als soziales Ordnungsmodell, die Finanzmärkte als Ort von Verteilungskonflikten und die Rolle staatlicher Politik in diesem Prozess in den Mittelpunkt der sozialwissenschaftlichen Gesellschaftsanalyse zu rücken. Auch weist er zutreffend auf eine gravierende Forschungslücke hin: der »Markt« für Staatsschulden ist ebenso wie die Machtkonstellation Gläubiger vs. Nationalstaaten bislang unbeobachtet geblieben (120ff.). Zudem weist Streeck auf erheblichen Korrekturbedarf hin, wenn man Thomas H. Marshalls klassische Theorie der Bürgerrechte auf zeitgenössische Wohlfahrtsstaaten übertragen will. Die zentrale Illusion Marshalls bestand ihm zufolge darin, dass dieser den Aufstieg des Neoliberalismus und dem damit einhergehenden Abbau sozialer Bürgerrechte konzeptionell nicht vorgesehen habe, nachdem der redistributive Wohlfahrtsstaat in der Nachkriegszeit etabliert war. Originell ist schließlich auch Streecks Deutung konvergierender Zinssätze innerhalb der Eurozone als außenpolitisches Äquivalent des »privaten Keynesianismus« im Sinne von Crouch (179).

Kapitalismus ohne Demokratie in der Gegenwart

Zwei Probleme des Streeck'schen Krisenszenarios fallen ins Auge, wenn man es an dem formulierten Anspruch misst, der der Studie *Gekaufte Zeit* vorangestellt wird. Zum einen beansprucht Streeck, die gegenwärtige Finanz- und Fiskalkrise des »demokratischen Kapitalismus« in übergreifende gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse einzuordnen. Und zum anderen geht Streeck von der unvermeidlichen Zeitgebundenheit sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse aus und davon, dass »Gesellschaft vor einer offenen Zukunft stattfindet und Geschichte nicht vorhersagbar ist« (10). Beginnen möchte ich mit dem ersten Problem. In der Debatte zum »Finanzmarktkapitalismus« (Windolf) und zur »Finanzialisierung« von Ökonomie und Gesellschaft (Epstein, Krippner, Crouch, Deutschmann) werden die sozialen Transformationen kapitalistischer Wirtschaftsordnungen in angelsächsischen und europäischen Gesellschaften erörtert. Dieser Vorentscheidung folgt auch Streeck und konzentriert sich in *Gekaufte Zeit* auf die politisch-ökonomische Analyse der Krisenbewältigungsstrategien der letzten vier Jahrzehnte in Gesellschaften des »demokratischen Kapitalismus«. So plausibel diese Vorentscheidung auch immer ist, gerade auch angesichts der Eurokrise und der sukzessiven Übertragung nationalstaatlicher Souveränitätsrechte auf den supranationalen Staatenverbund der Eu-

ropäischen Union, so stellt sich gleichwohl die Frage, warum der »chinesische Kapitalismus« (ten Brink 2013) und die für diesen so charakteristische Verbindung von Wirtschaft und Parteistaat oder auch andere kapitalistische Wirtschaftsordnungen in Asien gänzlich unberücksichtigt bleiben. Die Öffnung der Blickrichtung nach Asien könnte dafür sensibilisieren, dass kapitalistische Ordnungen der Gegenwart keineswegs zwingend dem Typus des »westlichen Kapitalismus« zuzurechnen sind, sondern hiervon abweichen können. Es wäre ein lohnendes Forschungsfeld, insbesondere auch für die international vergleichende Kapitalismusforschung und für die politische Ökonomie der globalen Finanzmärkte, zu untersuchen, wie sich beispielsweise das Verhältnis von Finanzmärkten und Kapitalismus in der zeitgenössischen chinesischen Gesellschaft darstellt und inwiefern auch im chinesischen Staatskapitalismus zeitgewinnende Finanzialisierungsstrategien zur Eindämmung solcher Konflikte beobachtet werden können. Eine solche Forschungsstrategie wäre aus zweierlei Gründen für die Analyse der »Krise des demokratischen Kapitalismus« vorteilhaft: Zum einen würden Vermarktlichungs- und Liberalisierungsprozesse nicht vorschnell hypostasiert. Zugleich könnte man die Bedeutung nichtökonomischer Institutionen stärker betonen, sodass Ähnlichkeiten und Unterschiede kapitalistischer Transformationsprozesse in unterschiedlichen Ländern und Weltregionen stärker ins Blickfeld geraten. Und zum anderen könnte man die schleichende Entleerung der Demokratie in Ländern des »demokratischen Kapitalismus« mit nicht-westlichen Gesellschaften kontrastieren. In diesen Gesellschaften ist nämlich Kapitalismus ohne Demokratie keine düstere Drohkulisse, sondern – wenn auch unter gänzlich anderen historischen Voraussetzungen – soziale Wirklichkeit. An dieser Stelle sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass Investoren aus China zu den größten ausländischen Gläubigern US-amerikanischer Staatsanleihen gehören.

Die »rechte Hand« des neoliberalen Staates

Auch in anderer Hinsicht würde sich eine Erweiterung der Untersuchungsgegenstände anbieten, um die »Krise des demokratischen Kapitalismus«, insbesondere aber auch divergente Verlaufsformen dieser Krise in unterschiedlichen westlichen Gesellschaften genauer in den Blick zu nehmen. Wie kaum ein anderer Soziologe hat Streeck die Aufmerksamkeit auf den Marktbürger-Wahlbürger-Konflikt gerichtet und die beunruhigende Frage aufgeworfen, inwiefern die Renditestrategien von global agierenden *bondholdern* mit den Grundsätzen und Verfahrensregeln eines demokratischen Gemeinwesens überhaupt vereinbar sind. So bedeutsam diese Frage ist, so stellt sich gleichwohl die Anschlussfrage, ob Streecks Analyse weit genug gefasst ist, um eine Krisenanalyse des demokratischen Kapitalismus in übergreifender gesellschaftsdiagnostischer Absicht auszuarbeiten. Loïc Wacquant (2009) hat mit der Studie *Bestrafen der Armen* eine soziologische Deutung des Neoliberalismus in den Vereinigten Staaten vorgelegt, in der auf empirisch eindringliche Weise die Verwandlung des US-amerikanischen *welfare state* der Nachkriegszeit in einen Almosen- (*workfare*) und Strafrechtsstaat (*prisonfare*) nachgezeichnet wird. Kennzeichnend für das »liberal-paternalistische« Ordnungsmodell der

Vereinigten Staaten ist nach Wacquant (2009: 29) einerseits die Liberalisierung der Märkte zugunsten der Unternehmen und der Oberklassen, andererseits die repressiv-paternalistische Kontrolle der wirtschaftlich und sozial abgehängten Unterklassen («die rechte Hand des Staates» im Sinne Bourdieus). Auch die neueren internationalen Forschungen zu staatlichen und privaten Präventions- bzw. Überwachungspraktiken (*surveillance studies*) könnten als Erweiterung einer solchen Perspektive fruchtbar gemacht werden, die den Neoliberalismus nicht nur als normative Ordnungsvorstellung des Ökonomischen und Politischen, sondern auch des Sozialen entziffert.

Wacquant thematisiert die dunkle, repressiv-etatistische Seite des Neoliberalismus, zeichnet den Ausbau expansiver und proaktiver Strafverfolgungsapparate und -exzesse in den USA seit den 1970er Jahren vor dem Hintergrund eines parallelen Abbaus von Wohlfahrtsleistungen nach und leuchtet die politischen, sozialen und kulturellen Hintergründe aus. Demgegenüber beschreibt Streeck wie viele andere Autoren den Neoliberalismus als politisch-ökonomisches Projekt, das staatliche Regulierungsinstitutionen im Wirtschaftsgeschehen zurückgedrängt, die Expansion von Märkten in bislang marktferne Sozialwelten ermöglicht und die Daseinsvorsorge privatisiert hat. Neoliberalismus erscheint hier als Transformationsstrategie von ökonomischen und politischen Funktionseliten, die darauf abzielen, Markt- und Profitchancen uneingeschränkt durchzusetzen. Allenfalls verweist Streeck auf die zunehmende soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung, die vor allem in sozial abgehängten Wohnquartieren zum Ausdruck kommt, in denen Wahlabstinenz grassiert und politische Resignation zur neuen Normalität geworden ist (87ff.). Hingegen wird die Frage nicht aufgeworfen, inwiefern die vom Neoliberalismus erzwungene Zurückdrängung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und Systeme einer repressiven Flankierung bedarf, um etwa mögliche Unruhen in einer von sozialer Polarisierung durchzogenen Gesellschaft im Keime ersticken zu können. Bei Streeck setzt der neoliberale Staat das *laissez-faire* gesellschaftsweit durch. Im Kontrast dazu ist bei Wacquant (2009: 310) *laissez-faire* auf die oberen Regionen der Klassenstruktur beschränkt, während in den unteren Regionen die »prekären Fraktionen des postindustriellen Proletariats« einer verschärften disziplinierenden Überwachung durch die Strafrechtsapparate ausgesetzt sind. Wenn man, wofür Wacquant (2009: 313) plädiert, die repressiv-etatistische Seite des Neoliberalismus in die Analyse einbezieht, dessen Workfare-Regime immer auch Züge eines anti-liberalen, »autoritären Moralismus« trägt, dann stellt sich die Krise des demokratischen Kapitalismus noch weitaus umfassender dar als von Streeck beschrieben. Zugleich wäre aber auch umso dringender die Frage aufzuwerfen, inwieweit die repressiven Praktiken des nordamerikanischen Staates auch in kontinentaleuropäischen Gesellschaften um sich greifen, oder ob das neoliberale Ordnungsmodell der USA nicht doch ein neokonservativ unterfütterter Sonderweg ist, der vom Neoliberalismus in kontinentaleuropäischen Gesellschaften in wesentlichen Momenten, sowohl institutionell als auch kulturell, abweicht.

Negativer Finalismus

Das zweite Problem betrifft den negativen Finalismus, der wie ein roter Faden die einzelnen Argumentationsschritte des Buches zusammenhält. Streecks Diagnose ist an Eindeutigkeit kaum zu überbieten. Die krisenhafte Entwicklung scheint wie an einer Perlenkette aufgereiht zu sein. Streeck ist sich gewiss, dass das »neoliberale Programm« den Abbau des rheinischen Wohlfahrtsstaates nicht nur »weiterführen«, sondern auch »vollenden« (167) wird. Zwar seien in Europa die »Reste« der nationalstaatlichen Demokratie »noch nicht« (161) beiseite geräumt. Internationale Finanzinvestoren und die politischen Eliten der Europäischen Union arbeiteten gleichwohl an einem »koordinierten Umbau«, der die *shareholder* und *bondholder* von jeder Form der Rücksichtnahme gegenüber den Ansprüchen eines demokratischen Wohlfahrtsstaates befreien würde. Die Zukunft, die den europäischen Gesellschaften »bevorsteht«, scheint Streeck bereits zu kennen; und zwar die einer »säkularen Implosion des Gesellschaftsvertrags der kapitalistischen Demokratie im Übergang zu einem auf fiskalische Disziplin verpflichteten internationalen Konsolidierungsstaat« (alle Zitate 164). Dieser Übergang gehe, so Streecks Erwartung, »ohne Betäubung« (166) vonstatten. Überhaupt ist sich Streeck gewiss, dass jede Abwehr eines neoliberalen Umbaus von Ökonomie, Staat und Gesellschaft »viel zu spät« (245) kommen werde. Nur vage werden der Leserin und dem Leser Einblicke in die Selbstzweifel an der eigenen prognostischen Fähigkeit gewährt, etwa wenn Streeck in einigen Passagen über die Auswirkungen von »diffusen Erwartungen an soziale Gerechtigkeit« in Teilen der Bevölkerung spekuliert oder von »anarchischen Protestbewegungen« (28) spricht, die sich gegen die demokratisch entkernte Herrschaftsordnung ökonomischer und politischer Eliten wenden könnten. Und nur knapp werden Widersprüchlichkeiten und Dissonanzen angesprochen. So etwa, wenn auf nationale Parlamente und Oppositionsparteien verwiesen wird, die dem »Druck von Gipfelabsprachen nicht völlig wehrlos ausgeliefert« seien, oder wenn an den »Widerstand« (162) des Verfassungsgerichts in Deutschland erinnert wird, das wiederholt – etwa in der Eurokrise – die Einhaltung der Rechte nationaler demokratischer Institutionen angemahnt habe. Auch die das Buch abschließenden vagen, fast schon resignativen Überlegungen zur Wiederbelebung nationaler Demokratien als alternativlose Rettungsburgen eines globalen, von den rastlosen Renditeinteressen der *shareholder* und *bondholder* getriebenen Kapitalismus, fügen sich diesem Bild (vgl. hierzu kritisch Habermas 2013). Unter dem Strich bleiben solche Bemerkungen kursorisch. Soziologisch sind sie unbefriedigend, wenn nicht sogar belanglos. An der Haupttrichtung der Transformation der Demokratie, die von Streeck erstaunlich gleichförmig beschrieben wird, ganz gleich, ob es sich um angelsächsische oder kontinentaleuropäische Gesellschaften handelt, scheint ein solches Aufbegehren substantiell nichts ändern zu können.

Mit einer solchen Gewissheit kann man argumentieren, wenn man den ökonomischen und sozialen Wandel, den der Kapitalismus in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durchmachen wird, von seinem theoretisch gedachten Endpunkt aus betrachtet. Dieser in der Gegenwart der Eurokrise und am theoretischen Reißbrett entworfene Blick von der Zukunft zurück auf die Gegenwart ist angesichts der historischen Erfahrungen wage-

mutig, die man mit der prognostischen Weit- bzw. Kurzsichtigkeit des sozialwissenschaftlichen Blicks in die Zukunft gemacht hat. War es Ende der 1990er Jahre noch das gemeinsam mit Rolf Heinze vorgetragene Szenario eines vor der Reformangst zurückweichenden politischen Personals der Bundesrepublik, das drohte, beim Übergang zu einer »reifen Dienstleistungsgesellschaft« sich zu ver Stolpern und den politischen Machterhalt um den Preis einer krisenfesten Zukunft der bundesdeutschen Gesellschaft zu erkaufen (Streeck/Heinze 1999), so klingt der jetzt herrschaftskritisch gewendete negative Finalismus wie das Bekenntnis einer intellektuellen Selbstläuterung. An dieser Stelle sollen weder die mit der Politikberatung verbundenen Probleme kleingeredet, noch die Unterschiede zwischen der Welt der Politikberatung und der Welt der sozialwissenschaftlichen Forschung eingeebnet werden. Es drängt sich jedoch die Frage auf, was mit finalistischen Krisenszenarios in der Welt der sozialwissenschaftlichen Forschung gewonnen ist. Wurde schon das gemeinsam mit Heinze entworfene Krisenszenario Ende der 1990er Jahre arg strapaziert – die internationale Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Vorzeigebereichen der deutschen Maschinenbau- oder Automobilzulieferindustrie wurde jedenfalls nicht durch die Arbeitsmarktreflexen und Hartz IV gerettet –, so steht auch jetzt nicht viel weniger auf der Tagesordnung des soziologischen Chronisten als die Rettung der politischen Demokratie. Streecks Buch schwankt, so verfestigt sich der Eindruck, zwischen soziologischer und politischer Aufklärungsabsicht. Die Vehemenz des Krisenszenarios ist soziologisch unbefriedigend: Gerade der soziologische Blick sollte nicht nur sichtbar machen, was man als wahr annimmt, sondern auch aufzeigen, warum die Dinge anders verlaufen könnten, als man erwartet, und den Blick dafür öffnen, was sich nicht dem schneidigen Krisenszenario fügt.

Niklas Luhmann (1997) glaubte mit seiner Theorie der funktionalen Differenzierung weder Zentren noch Teilsysteme identifizieren zu können, in denen Reichtumsressourcen von gesellschaftsweiter Bedeutung produziert und verteilt werden. So zutreffend es ist, dass mit dieser Sichtweise wichtige Erkenntnisse über den modernen Kapitalismus unter der Last einer abstrakten Theoriekonstruktion verschüttet worden sind und so wenig überzeugend die der Luhmann'schen Theoriedogmatik folgenden Versuche sind, die Kapitalismusanalyse als nicht mehr zeitgemäß und dem Erkenntnisfortschritt der soziologischen Analyse abträglich hinzustellen (vgl. Strulik 2012), so besteht doch die bleibende Leistung Luhmanns darin, Max Weber folgend, den Unterschied zwischen soziologischer Aufklärung und politischer Kritik aufgezeigt zu haben. Streeck erzählt eine Gesellschaftsgeschichte, in der die Welt der Demokratie aus den Fugen gerät. So mitreißend diese Erzählung vorgetragen wird und so bedenkenswert viele Facetten der Argumentation sind, so ist doch an der Idee der soziologischen Aufklärung festzuhalten. In Abgrenzung zu politischer Aufklärung erhält soziologische Aufklärung ihre Berechtigung erst dadurch, dass Uneindeutigkeiten, Paradoxien und soziale Dilemmata sichtbar gemacht werden, die der übergreifenden Entwicklungsrichtung, die man identifiziert zu haben glaubt, »widersprechen« oder sich zumindest nicht der eigenen Erzählung fügen. Die eigene Wahrheit, die der eigenen Theoriebildung vorausgeht, kann dann nur mehr als das gesehen werden, was sie ist, nämlich: als eine Wahrheit, die ihre Plausibilität weniger durch empirische Beobachtungen erhält, sondern durch die »Logik« und Stringenz von

Vorannahmen. Soziologische Aufklärung heißt auch, auf die Absolutheit der eigenen Wahrheit und jedes sonstige Wahrheitsmonopol zu verzichten, damit die Geltung der eigenen Wahrheitsansprüche im Lichte anderer Wahrheiten kritisch geprüft werden kann.

Ein grundsätzliches, mit der Textgattung Krisendiagnostik verbundene Problem besteht darin, das theoretisch Unwahrscheinliche oder Überraschende nicht von vorneherein auszuschließen, sondern denkbar zu machen und auf mögliche Konsequenzen abzuklopfen. Hinter dieser Kontingenzerfahrung, also der Erkenntnis, dass es auch anders kommen könnte, als theoretisch erwartet wird, sollte gerade auch eine soziologische Kapitalismusanalyse nicht mehr zurückfallen. Zu oft haben sich nämlich die großen Kapitalismuserzählungen, ebenso wie die kaum noch zählbaren Konkurrenzszenarien, die in der soziologischen Zunft als »Zeitdiagnosen« etikettiert werden, von der »Dienstleistungsgesellschaft« über die »Multioptionsgesellschaft« bis zur »Erlebnisgesellschaft«, wenn nicht als eklatante Fehldeutungen ihrer Zeit, so doch als vereinseitigende Verzerrung des empirisch Beobachtbaren herausgestellt. Konkret: Warum drängt eigentlich die »Krise des demokratischen Kapitalismus« zu einem finalen, alternativlosen Endspiel zwischen »Marktvolk« und »Staatsvolk«? Worin besteht der Reifegrad der Krise und wie kann dieser von einem soziologischen Beobachter erkannt werden, der nicht in den historischen Rückspiegel blicken kann, sondern Zeitgenosse ist? Und müsste man nicht genauer danach fragen, ob und welche Bewältigungsstrategien denkbar sind, mit denen es erneut gelingen könnte, natürlich nur auf Zeit, die Krise des demokratischen Kapitalismus ein weiteres Mal und noch ein weiteres Mal zu vertagen? Mögliche Bewältigungsstrategien der Fiskalkrise, mit denen erneut Zeit gewonnen werden könnte, wie etwa die Forcierung von wie auch immer ausgerichtetem Wirtschaftswachstum (230ff.), die Rückkehr zu einer Inflationspolitik (234), Steuererhöhungen oder einen Schuldenschnitt (*haircut*) bis hin zur Einstellung des Schuldendienstes (Reprivatisierung von Gläubiger Risiken), werden eher halbherzig aufgelistet als eingehend erörtert. Eine dezidierte Analyse aller denkbaren Handlungsoptionen wäre jedenfalls allein schon deswegen nützlich gewesen, um die mit jeder Option verbundenen Verteilungskonflikte sowie die möglichen Auswirkungen auf demokratische Wohlfahrtsordnungen genauer auszuloten. Dann wäre möglicherweise auch das Dilemma des politischen Krisenmanagements in der gegenwärtigen Fiskalkrise sichtbarer geworden, einerseits die Erwartungen der mächtigen Staatsgläubiger in die Zurückzahlung der Kredite zu erfüllen, andererseits die von den Steuer- und Wahlbürgern an das politische System adressierten Erwartungen, materiellen Wohlstand zu erhalten, nicht dauerhaft ignorieren zu können.

Divergenz als Zeitverzögerung – Finanzialisierung der Daseinsvorsorge?

Das Problem des Finalismus drängt sich insbesondere bei der These der »marktgetriebenen neoliberalen Konvergenz« (240) auf, mit der Streck divergente Strukturen und Prozesse lediglich als zeitliche Verzögerungen eines übergreifenden Konvergenzprozesses interpretiert. Die theoretischen und konzeptionellen Unzulänglichkeiten des *Varieties of*

Capitalism-Ansatzes (Hall/Soskice 2001) hat Streeck an anderer Stelle (2011) anschaulich systematisiert. Gleichwohl sind Unterschiede im Grad der Finanzialisierung von Ökonomie und Gesellschaft zwischen angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Ländern nicht zu übersehen. Im Sinne einer starken Konvergenzthese könnte man etwa erwarten, dass sich das Spekulationsverhalten privater Haushalte von den institutionellen Bezügen nationaler Wohlfahrtsordnungen abgelöst und die Stärkung marktlicher Steuerungsinstrumente in bislang koordinierten Ökonomien auf die Neigung privater Anleger ausgewirkt hat, von institutionell tradierten Investitionspfaden abzuweichen. Unstrittig ist, dass in den letzten Jahrzehnten in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften beträchtliche Finanzvermögen angehäuft worden sind. Auch ist in diesem Zeitraum die Nachfrage nach professioneller Vermögensverwaltung stark gestiegen. Für Deutschland kann festgestellt werden, dass schon in den 1990er Jahren die kapitalgedeckte private Altersvorsorge gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung an Bedeutung gewonnen hat. Kann aber deswegen auch von einer Finanzialisierung der Daseinsvorsorge oder sogar einer Angleichung des privaten Anlegerverhaltens in Deutschland an den amerikanischen »stock market populism« (Harrington) gesprochen werden? Für die Erosionsthese würde sprechen, dass in bislang koordinierten Wohlfahrtsökonomien Lebens- und Marktrisiken weitaus stärker privatisiert und individualisiert worden sind, als dies im Rahmen des funktionalistischen *Varieties of Capitalism*-Ansatzes erklärt werden kann. Auch kann eine Zunahme intra- und intergenerationaler Abstiegsängste bis weit hinein in mittlere Wohlfahrtslagen festgestellt werden, was in der Hochzeit des rheinischen Kapitalismus kaum vorstellbar gewesen wäre. Darüber hinaus könnte man vermuten, dass Kleinanleger aus den Mittelklassen verstärkt auf Finanzmärkte drängen, um instabil gewordene Einkommenschancen aus Erwerbsarbeit und kollektiven Sicherungssystemen durch schnelle Spekulationsgewinne an Finanzmärkten so weit wie irgendwie möglich zu kompensieren. In dieses Bild passt, dass während der Boomphase der *New Economy* auch in den traditionellen Kernländern des rheinischen Kapitalismus in einigen Bildungsgruppen und Geburtskohorten eine bislang nicht gekannte Hinwendung zu der in den nordamerikanischen Mittelklassen verbreiteten Börsenspekulation zu beobachten war.

Einschlägige Kapitalmarktanalysen belegen jedoch, dass sich die von Privatanlegern präferierten Anlageklassen länderspezifisch erheblich unterscheiden. Im Vergleich zu den USA ist die Aktienquote in Deutschland und Österreich immer noch niedrig. Auch europaweit gibt es erhebliche länderspezifische Varianzen der Aktienquote. Die Gründe für diese Varianzen können auf makroökonomische Variablen wie Vermögensverteilung und Einkommensstruktur oder auf die jeweilige Perception von Investmentrisiken zurückgeführt werden (»Aktienkultur«). Mindestens ebenso bedeutsam ist, dass das Anlegerverhalten immer auch von den institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst wird. In marktbasierter Wirtschaftsordnungen (USA, Großbritannien) präferieren private Anleger andere Investmentstrategien als in noch immer stärker koordinierten Ordnungen (Deutschland, Frankreich, Österreich), in denen kollektive soziale Sicherungssysteme nach wie vor einen hohen Stellenwert haben. Hypothetisch haben Anleger die freie Wahl, sich zwischen Aktien (marktbasierter Eigentümerbeteiligungen) oder Spar- und Festgeldanlagen (bankbasierte Depositen) zu entscheiden. Für die finanzielle Vor-

sorgeplanung privater Haushalte ist es jedoch relevant, ob die eigenen Kinder öffentliche Bildungseinrichtungen besuchen oder ihre Ausbildung privat finanziert werden muss, ob gesetzliche Krankenversicherungen vorhanden sind oder private Versicherungen abgeschlossen werden müssen und ob die Altersversorgung kapitalgedeckt oder umlagefinanziert ist. Die nationale wohlfahrtsstaatliche Ordnung ist deswegen weiterhin ein wichtiger Einflussfaktor, um länderspezifische Variabilitäten und Persistenzen im Grad der Finanzialisierung der Daseinsvorsorge zu erklären (Kraemer 2012: 40ff.).

Zweifelsohne ist auch in Deutschland die Kapitalmarktorientierung und Spekulationsneigung von Kleinanlegern angestiegen, wenn man Vergleichszahlen der frühen 1990er Jahre heranzieht. Die zum Teil dramatischen Kursverluste an den internationalen Finanzmärkten 2000 (Internetblase), 2008 (Subprime-Krise) und 2010 (Eurokrise) sind allerdings an der Spekulationsneigung von Privatanlegern nicht spurlos vorbei gegangen. So kann seit geraumer Zeit ganz besonders in Ländern wie Deutschland und Österreich unter Anlegern ein Rückzug von der Finanzmarktspekulation und eine tendenzielle Abkehr von marktbasierter Eigentümerbeteiligungen (Aktien) beobachtet werden, während die Hortung von Bargeld und die Nachfrage nach hochklassigen Immobilien, Gold oder anderen Sachwerten signifikant gestiegen ist. Diese Trends im Anlegerverhalten lassen daran zweifeln, ob in den kapitalanlagefähigen Mittelklassen der Glaube noch immer weit verbreitet ist, Fondssparen und Wertpapierpekulationen seien lukrative Geldanlageformen, um für das Alter privat vorzusorgen. Die latente Akzeptanzkrise der kapitalgedeckten Altersvorsorge, die in den letzten Jahren durch enttäuschte Renditehoffnungen genährt worden ist, passt nicht so recht in Streecks Szenario einer Finanzialisierung der Daseinsvorsorge. Was folgt hieraus für den Konflikt zwischen »Marktvolk« und »Staatsvolk«?

Die Stärke von *Gekaufte Zeit* besteht darin, die Debatte zum Wandel von Eigentümerstrukturen in der Produktionsökonomie (*shareholder value*) um die Frage nach dem wachsenden Einfluss der Eigentümer staatlicher Schuldverschreibungen (*bondholder value*) auf die demokratische Interessenartikulation und -aushandlung in nationalen Gesellschaften erweitert und diese vor dem Hintergrund der aktuellen Fiskalkrise zugespitzt zu haben. Die Schwäche besteht gleichwohl in einer Überdehnung des Szenarios, in dem der Verteilungskonflikt fast schon unabänderlich zu Gunsten der *bondholder* vorentschieden ist. Demgegenüber geraten die vielschichtigen, sich überlappenden Konflikte zwischen unterschiedlichen Klassen von Vermögensrentiers, industriellem Unternehmertum, Steuerbürgern und den »Eigentümern« von Sozial- und Rentenvermögen leicht aus dem Blick. Bei Streeck finden sich kaum Hinweise zur Frage von Konfliktverläufen zwischen dem »Marktvolk« und dem »Staatsvolk«. Gewinner und Verlierer auf beiden Seiten werden nicht eingehender untersucht. Auch bleibt unklar, unter welchen Bedingungen und zu welchen Konditionen Gläubigerinteressen nationalstaatlich durchsetzbar sind und welche Konzessionen Gläubiger einzugehen haben, um die »Bürgerpsychologie« nicht dauerhaft zu beschädigen. Zu vermuten ist jedenfalls, dass ohne echte Integrationsangebote an die »produktiven« (unteren und mittleren) Mittelklassen ein neoliberales Austeritätsregime schnell an Grenzen stoßen wird. Sieht man hiervon ab, dann scheint zudem der Stellenwert der Finanzmarktspekulation für die wohlfahrtsstaatliche Ordnung in kontinentaleuropäischen Gesellschaften überzeichnet zu sein.

Auch nach Crouch (2009) kann von einer Finanzialisierung der Wohlfahrtsordnung in Kontinentaleuropa nicht gesprochen werden. Eine mit den USA vergleichbare Kreditexpansion privater Haushalte, ohne detaillierte Bonitätsprüfung, ist nicht anzutreffen. Ebenso wenig setzen staatliche Wohlfahrtspolitiken in dem für die USA typischen Ausmaß auf die Finanzmärkte und ihre Anlageprodukte. Von einer weitreichenden Privatisierung der Daseinsvorsorge, etwa durch eine laxe Kreditvergabe zu Zwecken der Eigenumbildung, kann in kontinentaleuropäischen Gesellschaften auch weiterhin nicht gesprochen werden. Weder ist die Finanzierung des Systems der sozialen Sicherung in Deutschland einschließlich des Bildungssystems von Kapitalmarktpreisen und ihren Schwankungen abhängig geworden, noch sind Privatanleger massenhaft von institutionalisierten Investitionspfaden abgewichen und zum Aktionärskapitalismus übergelaufen. Die Wertpapierspekulation von Privatanlegern ist im Vergleich zu den USA kein dauerhaftes Massenphänomen geworden. Selbst temporäre Ereignisse, wie etwa der »Börsenhype« Ende der 1990er Jahre um das Börsensegment »Neuer Markt«, haben keine gravierende und dauerhafte Transformation des Anlegerverhaltens hervorgebracht. Vor dem Erfahrungshintergrund der rasanten Auf- und Abwärtsbewegungen an den internationalen Kapitalmärkten seit der Jahrtausendwende scheint vielmehr in der »Mitte der Gesellschaft« die Einsicht (wieder) um sich zu greifen, dass die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme durch Kapitalmarktorientierung die finanzielle Absicherung von Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit, Scheidung) und Lebensplanungen (Familiengründung, Ausbildung der Kinder, Altersvorsorge) riskant und unkalkulierbar macht.

Literatur

- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Crouch, Colin (2009): »Privatised Keynesianism. An Unacknowledged Policy Regime«. In: *British Journal of Politics and International Relations* 11, S. 382-399.
- Habermas, Jürgen (2013): »Demokratie ohne Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltwirtschaft«. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2013, S. 59-70.
- Hall, Peter A./Soskice, David (2001): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: University Press.
- Kraemer, Klaus (2012): »Ideen, Interessen, Institutionen. Welchen Beitrag kann die Soziologie zur Analyse moderner Finanzmärkte leisten?«. In: Kraemer, Klaus/Nessel, Sebastian (Hg.): *Entfesselte Finanzmärkte. Soziologische Analysen des modernen Kapitalismus*. Frankfurt/M.: Campus, S. 25-62.
- Krippner, Greta R. (2011): *Capitalizing on Crisis. The Political Origins of the Rise of Finance*. Cambridge: Harvard University Press.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Strulik, Torsten (2012): »Die Gesellschaft der ›neuen Wirtschaftssoziologie«. Eine Replik auf Jens Beckerts Artikel ›Wirtschaftssoziologie als Gesellschaftstheorie«. In: *Zeitschrift für Soziologie* 41(1), S. 58-74.
- Streeck, Wolfgang (2011): »E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism«. In: Granovetter, Mark/Swedberg, Richard (Hg.): *The Sociology of Economic Life*. 3rd edition. Boulder, S. 419-455.

Streeck, Wolfgang/Heinze, Rolf (1999): »An Arbeit fehlt es nicht«. In: *Der Spiegel* 19, (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13220370.html>). Zuletzt aufgerufen am 25.06.2014.

ten Brink, Tobias (2013): *Chinas Kapitalismus. Entstehung, Verlauf, Paradoxien*. Frankfurt/M.: Campus.

Wacquant, Loïc (2009): *Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit*. Opladen: Budrich.

Anschrift:

Klaus Kraemer

Institut für Soziologie

Universität Graz

Universitätsstraße 15/G3

A-8010 Graz

klaus.kraemer@uni-graz.at